

**A**uf dem Düsseldorf-Parteitag der CDU am 31. März 1963 hat Erhard die Konzeption der Formierten Gesellschaft erstmalig vorgetragen. Sie wurde dann im Wahlkampf, in der Regierungserklärung und in der folgenden Bundestagsdebatte von ihm und anderen Vertretern des herrschenden Monopolkapitals interpretiert. Wurde anfangs diese Konzeption von großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung im wesentlichen als Wahlpropaganda und Fortsetzung der altbekannten Erhard'schen Maßhaltigkeit angesehen und unterschätzt, so hat sich doch jetzt immer klarer, daß die Formierte Gesellschaft eine neue geschlossene Gesamtkonzeption des westdeutschen Monopolkapitals zur Erreichung der innen- und außenpolitischen Ziele ist.

Darum verläßt das westdeutsche Monopolkapital nunmehr seine jahrelang im allparteilichen System des staatspolitischen Konservatismus propagierte Idee der pluralistischen Gesellschaft?

**Solange der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der imperialistischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg wurde Westdeutschland wieder die zweitstärkste Wirtschaftsmacht des imperialistischen Weltsystems, Betrag der westdeutschen Kapitalanlagen an der Industrie der kapitalistischen Länder im Jahre 1953 noch 6,7 Prozent, so konnte er zum Jahre 1964 auf 9,1 Prozent vergrößert werden. Demgegenüber verringerte sich der Anteil der USA von 31,9 im Jahre 1953 auf 24,5 Prozent im Jahre 1964 und der Anteil Großbritanniens sank von 10,2 auf 7,7 Prozent.**

Die Entwicklung auf dem Gebiet des Exports verlief in der gleichen Richtung. Im

**sengesellschaft des 19. Jahrhunderts** gewesen. Hier stritten mächtige Gruppen mit gegensätzlichen Interessen um die Sozialordnung. Das hat gedauert bis zum ersten Weltkrieg. Dann folgte die zweite Phase, die pluralistische Verbandsgesellschaft, die schon nicht mehr durch Klassenkämpfe um die Sozialordnung gekennzeichnet war, sondern nur noch durch die Kämpfe der starken Verbände um die Verteilung des Sozialprogramms und daher nicht „auf des Generals der Gemeinwohl gebrecht sind“.

Die „kooperierte“, auf das „Gemeinwohl orientierte“, „freiheitlich-demokratische“, von „hochgradiger Interdependenz“ gekennzeichnete Gesellschaft, in der ein „gesellschaftliches Bewußtsein“ und der „soziale Ausgleich“ durch das „dynamische Gleichgewicht“ auf der Grundlage „der sozialen Marktwirtschaft“ hergestellt wird, ist mit diesen acht Merkmalen die Formierte Gesellschaft, die zu erstreben ist.

Gegenwärtig befindet sich Westdeutschland, so erklärt Erhard, im Übergang von der pluralistischen Verbandsgesellschaft zur Formierten Gesellschaft; also es ist noch keine Formierte Gesellschaft, sondern eine sich formierende Gesellschaft. Er behauptet weiter, dieser Prozeß habe Gültigkeit für alle vergleichbaren westlichen Industrienationen, aber besonders für Westdeutschland, Lautsprecherberichts fixiert Erhard das Bild einer friedlichen Gesellschaft, einer Wohlstandsgesellschaft, in der die Klassen sich als Klassen aufgehoben haben sollen. An ihre Stelle ist eine Leistungsgemeinschaft getreten. Diese moderne Leistungsgemeinschaft ist nicht frei von Interessensgegensätzen, aber sie müssen, führt er fort, nicht notwendig den Konflikt mit anderen auslösen, weil der

nicht nur das. Wie es und je wird den Werktätigen im täglichen Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen immer mehr bewußt, daß nur eine grundlegende Änderung der Machtverhältnisse auch zu einer grundlegenden Änderung der gesamten Politik zum Wohle der Mehrheit führt.

Dieser sich anbahnende Umschwung im Denken der Werktätigen ist ja gerade mit eine Ursache für die Forderung des Monopolkapitals nach der Formierten Gesellschaft. Das westdeutsche Monopolkapital versucht dabei auf seine Erfahrungen der Vergangenheit zurückzugreifen. So erklärt Erhard: „Die Ansätze der Formierten Gesellschaft reichen bis in die Weimarer Zeit zurück und sind in der sozialen Marktwirtschaft zu erkennen.“ Götz Briefs erklärt genauer, welche Ansätze denn gemeint sind und weist auch darauf hin – da die Bildung der Formierten Gesellschaft „ein zielgerichteter geschichtlicher Prozeß“ ist, dem Gefahren drohen, und der auch scheitern kann –, welche Ansätze und Prozesse man fördern, welche man hemmen muß. Er erklärt, daß die Bundesrepublik einerseits in der Formierung wegen der „besonderen geschichtlichen Ereignisse und Erfahrungen des deutschen Volkes“ bereits weiter fortgeschritten ist als alle anderen vergleichbaren Industrienationen, aber auch, daß dieser Prozeß in Westdeutschland besonders gehemmt wurde, weil „die Gewerkschaften zu einer Zeit, nämlich in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, mächtig wurden, in der der Staat schwach, die Unternehmer gelähmt und die Demokratie durch die Besatzungsmächte restauriert war.“

Wahrlich, das ist keine „tautrische Erkenntnis“, wie Erler in der Bundestags-

essen nicht ohne weiteres mit dem Interesse des Monopolkapitals übereinstimmen. Aber der Hauptstoß richtet sich gegen die Gewerkschaften, als der größten Kraft im Kampf gegen das Monopolkapital.

So hat Erhard in den Wahlversammlungen anläßlich der Bundestagswahl die Gewerkschaftsführer als „Gewerkschaftsbosse“ diffamiert, die die SPD unter Druck gesetzt hätten, zu den Notstandsgesetzen nein zu sagen (Die Welt, Hamburg, 9. 9. 1963, Ausgabe B). Er behauptete, daß sich innerhalb der Gewerkschaften eine Entwicklung zeige, „die an der Struktur und dem Wesen unserer Demokratie rührt“ (Stuttgarter Zeitung, 10. 9. 1963), und mit der Drohung, die Gewerkschaften aufzulösen, zeigte er den wahren Willen des Monopolkapitals. Er sagte: „Es kommt darauf an, wie sich die Gewerkschaften verhalten... Wenn Herr Brenner (Vorsitzender der IG Metall) eine sozialistische Einheitsgewerkschaft schaffen will, dann verändert er die Situation, dann werden wir in Bonn und auch die Gewerkschaften prüfen müssen, ob sie damit nicht das Grundgesetz verletzt haben“ (Die Andere Zeitung, Hamburg, 16. 9. 1963).

Aber ganz so leicht geht es noch nicht, die Gewerkschaften an die Grenze der Bonner Rechtsstaatlichkeit zu bringen und sie zu verbieten wie die KPD und andere fortschrittliche Vereinigungen.

Die Vertreter der Formierten Gesellschaft möchten eine Funktionsumkehrung der Gewerkschaften und all der anderen Institutionen, die eigene Forderungen gegenüber dem Monopolkapital haben, erreichen. Sie sollen gleichgeschaltet werden, und nicht nur sie, auch das Parlament und die Parteien sollen so reformiert wer-

Gesamtunternehmen stagniert und die wirtschaftliche Existenz der Gesellschaftsmitglieder, etwa durch steigende Arbeitslosigkeit, gefährdet wird, dann bleibt als Alternative nur die Einsetzung eines Unternehmens für den Gesamtbetrieb – und d. h. der Übergang von der politischen Demokratie zu irgendeiner Form autoritären oder totalitären Regimes“, droht Prof. Voegelin, und Erhard ergänzt: „Wir sollten den Niedergang und Untergang der Weimarer Demokratie und ihre Abblutung durch eines totalitären Staat nichtern und realistisch betrachten.“

Die nüchternere und realistische Einschätzung ist einfach und klar: Der Faschismus und seine Ordnungsprinzipien sind eine gesetzmäßige, notwendige Bedingung in der dritten Phase der „nichtkommunistischen Industriegesellschaft“. Weil das deutsche Volk sich 1929 in der Weimarer Zeit nicht freiwillig entsprechend den innen- und außenpolitischen Zielen des Monopolkapitals verhielt, kam es, nach Erhard, 1933 zu einer „explosiven Reaktion“, die dann aber zu wirtschaftlichen und außenpolitischen Erfolgen des Nationalsozialismus führte. (Siehe L. Erhard, Um ein geschichtliches Selbstbewußtsein, in: Bulletin der Bundesregierung vom 19. 5. 1963.)

Deshalb soll auch, wie Erhard und die anderen Gelehrten der Verfechter der Formierten Gesellschaft es fordern, der Faschismus real und nüchtern eingeschätzt werden, und es soll bewußt bleiben, daß wie in einer nachfaschistischen Phase leben. Wenn Erhard in seiner Regierungserklärung am 16. 11. 1963 konstatierte, daß die Nachkriegszeit beendet sei, dann auch in dem Sinne, daß die demokratischen Hemmnisse, wie sie sich durch die teil-

**Dr. rer. oec. Hans Wilde, Hubert Wawrzinek, Gertraude Kuhl über die FORMIERTE GESELLSCHAFT:**

# Neuaufgabe der

1950 betrug der Anteil Westdeutschlands am Export aller kapitalistischen Länder nur 3,3 Prozent, der Großbritanniens 11,3 und der der USA 10,2 Prozent. 1964 betrug der Export Westdeutschlands jedoch bereits einen Anteil von 10,8 Prozent, während der Anteil Großbritanniens auf 7,7 und der Anteil der USA auf 17,5 Prozent zurückging.

Die zunehmende ökonomische Stärke des westdeutschen Imperialismus konnte aber von ihm noch nicht in einem entsprechenden politischen Einfluß in Europa und in der Welt umgesetzt werden. Mit dem Einbruch der DDR wurde der Herrschaftsbesitz des westdeutschen Monopolkapitals auf drei Drittel seines ursprünglichen Territoriums eingeschränkt, und weder Frankreich noch Großbritannien noch andere imperialistische Länder wollen sich den Interessen des westdeutschen Finanzkapitals unterwerfen. Das zeigt sehr deutlich die ungleiche Entwicklung in den Beziehungen zwischen Westdeutschland und Frankreich.

Die alte Widersprüche zwischen ökonomischer Stärke des deutschen Imperialismus und der Begrenzung seiner politischen Einflusssphäre, der ihm einen besonders aggressiven Charakter verleiht. Trotz

verständnisvolle Ausgleich ein gutes Mittel demokratischer Politik ist. Wobei dem einzelnen ein Mitspracherecht an den öffentlichen Dingen zugebilligt wird. Deshalb soll die Formierte Gesellschaft auch eine informierte Gesellschaft sein.

Sind die Klassen tatsächlich verschwunden? Die „Auflösung des Proletariats“ wird von den westdeutschen Soziologen auf der Grundlage der sogenannten Theorie der sozialen Stratifikation erklärt, nach der die Gesellschaft in eine große Anzahl sozialer Schichten und Gruppen nach Merkmalen wie Lebensstandard, Erziehung, Beruf, Bildung, Religionszugehörigkeit, politische Stellungnahme usw. differenziert werden muß. Im Gegensatz zu dieser bürokratischen Klassentheorie, die Erscheinungsmarkmalen und subjektive Interessen zu den Kriterien der Gesellschaft erhebt, fußt die wissenschaftliche marxistisch-leninistische Lehre von den Klassen auf den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen zu den Produktionsmitteln. Deshalb definiert Lenin die Klassen als „große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und for-

debatte witzelte. Aber mit Witzten ist dieser gefährlichen Theorie nicht beizukommen. Denn ihr Inhalt ist eine neue Form der Diktatur des Monopolkapitals in Westdeutschland. Das alte Gewand des Faschismus soll auf die heutigen Bedingungen zurückgeschneidert werden. „Aus dem Plan der Formierten Gesellschaft spricht eine Klügere“, die Fehler der Hitlerzeit, den technischen Fortschritt und die allgemeine innen- und außenpolitische Situation in Rechnung stellende Großmachtspolitik. Die Begründungen haben sich verändert, die Ziele sind geblieben. Die modernen Industrienationen des Jahres 1965 wollen gewiß nicht den unmodernen Faschismus des Jahres 1933; sie wollen einen „zelligemäßen“, der technologischen und politischen Verhältnissen der Jahre 1965 bis 1970 angepaßt ist.“ (R. Opitz, der Große Plan der CDU: Die Formierte Gesellschaft, in Dokumentation der Zeit, Nr. 344, S. 28).

Über die Verbindung der Formierten Gesellschaft mit dem Faschismus wird in den Thesen kein großes Hehl gemacht. In wessen Interesse soll die Gesellschaft formiert werden? Im Interesse der westdeutschen Großindustrie. Deshalb wird klar erklärt, die soziale Marktwirtschaft „soll die partikularen Interessen aller Art in

den. Denn wenn es keine Gruppen mehr geben soll, die einander ausschließende Ziele verfolgen, dann muß ja die Demokratie reformiert werden, wie es Gerstenmaier bereits 1938 und wiederum 1964 vorschlug, auf den sich Erhard berief. So erklärte Gerstenmaier, „man muß sich doch darüber klar sein, daß auch die Demokratie ihre Risiken hat“ und weiter, „ich weiß, was die Zahl in der Demokratie bedeutet. Aber ich bin kein Zahlenfreak, was in diesem Zusammenhang heißen soll, daß ich nicht der Meinung bin, daß die Mehrheit immer automatisch recht habe.“

Wie soll denn die Modernisierung der Demokratie aussehen, die Erhard fordert? Er fordert „moderne Techniken“ der Demokratie und der Parteien, die auf das Gemeinwohl orientiert sind, sich auf einen Prioritätenkatalog festgelegt haben und in ihrem Einflussbereich die Wähler von der Richtigkeit dessen überzeugen, was er, der Volkskanzler, als richtig bezeichnet. Das war alles schon einmal da. Der „Führer“ rief den Reichstag zur Krollperle und die Abgeordneten durften Befall spenden, wenn er die Politik der Großbourgeoisie erläuterte.

Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Wobei Erhard der Meinung ist, daß ein Führer

weise Einführung einer bürgerlichen Demokratie in der Nachkriegszeit ergaben, nun endgültig beseitigt werden müssen. Freiwillig oder mit Gewalt. Und so deklarierte er, „ein geeintes Europa hat unseren politischen Willen geprägt, die alte überlieferte europäische Ordnung entspricht nicht mehr dem Geist und den Erfordernissen unseres Jahrhunderts.“ Damit befinden wir uns wieder in einer Vorkriegszeit, die mehr und mehr durch faschistische Ordnungsprinzipien gekennzeichnet wird.

Jedoch die Situation in Deutschland ist heute wesentlich anders als im Jahr 1933. Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht mehr schwach. In unserem Staat hat sie im Bündnis mit allen werktätigen Schichten des Volkes die Macht. Unser Staat ist gleichberechtigtes Mitglied im sozialistischen Lager. Von Tag zu Tag wächst unsere wirtschaftliche und politische Stärke unter einem sicheren militärischen Schutz. Auch in Westdeutschland hat sich einiges geändert. Innenpolitisch hat sich gerade im letzten Jahr deutlich gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, vor allem die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften nicht bereit sind, die reaktionären Ziele des westdeutschen

# faschistischen Volksgemeinschaft

in den Zahlen über die industrielle Produktion ausgewiesenen ökonomischen Wachstum ist der westdeutsche Imperialismus in den zurückliegenden Jahren als System stark geworden, denn das System wird unterstützt von einer Reihe krisenfesten Erscheinungen im Innern. Aber es ist aggressiver geworden. Die imperialistischen Kreise Bonn sind sich darüber einig, daß sie ihre aggressive außenpolitische Konzeption der Vorherrschaft nicht ohne den Kampf gegen die Stärke und Generalmacht der sozialistischen Länder verwirklichen können. Sie versuchen den Kampf mit allen möglichen Mitteln und gegen die USA und andere imperialistische Länder zu binden und „die auf internationaler Ebene nicht stützliche Welt auf eine antikomunistische Globalstrategie nach eigenen Vorstellungen festzulegen“.

Die Durchsetzung ihrer Politik unter den heutigen Bedingungen reicht weder aus, noch außenpolitisch ihre alte Theorie. Deshalb entwickeln sie die Theorie der Formierten Gesellschaft. Wie wird diese neue Theorie von Erhard und Konrad Adenauer begründet? Am klarsten ist sie in den 32 Thesen dargestellt, die im Juli 1965 im „Gesellschaftspolitischen Kommentar“ dem theoretischen Organ der CDU, veröffentlicht wurden. An dieser Konzeption sind auch solche während des Faschismus nicht unbekannt gebliebenen Professoren wie Götz Briefs und Voegelin, Ordner der politischen Wissenschaften in Bonn, mitgearbeitet.

In den ersten vier Thesen wird die Begründung aufgestellt, daß unter Formierter Gesellschaft die durch eine bestimmte charakterisierte Gesellschaft der dritten Phase der modernen nichtkommunistischen Industriegesellschaft verstanden werden muß. Die erste Phase sei die „Klas-

mulierten) Verhältnissen zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.“ (Lenin, Werke, Bd. 29, S. 410).

Die Arbeiterklasse rekrutiert sich also aus den Lohnarbeitern der Industrie, Land- und Forstwirtschaft, aus dem größten Teil der Angestellten und Beamten im produktiven und unproduktiven Bereich, aus Arbeitslosen und nichtberufstätigen Angehörigen der Arbeiter. Legt man die letzten Jahre der Entwicklung Westdeutschlands zur Formierten Gesellschaft zugrunde, so zeigt sich, daß der Anteil der Arbeiterklasse von 70 Prozent auf weit über 80 Prozent an der Gesamtbevölkerung gewachsen ist. Diese Zunahme basiert hauptsächlich auf der Ruiniierung von etwa 500 000 Klein- und Mittelbetrieben der Landwirtschaft, ungefähr 200 000 Handwerksbetrieben und über 100 000 Einzelhändlern. Andererseits nimmt der Anteil der Monopolbourgeoisie innerhalb der Kapitalistenklasse immer mehr ab, er beträgt gegenwärtig etwa 1,7 Prozent.

Im Prozeß der Reproduktion des Kapitals unter den Bedingungen in Westdeutschland werden nicht nur die sachlichen Bestandteile der gesellschaftlichen Reproduktion reproduziert, sondern auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Klassen und der Klassenkampf auf erweiterter Stufenleiter. Der Klassenkampf in Westdeutschland, im wesentlichen getragen von den Gewerkschaften, hat heute die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, die Erhöhung der gewerkschaftlichen Mitsprache bei der Durchsetzung der technischen Revolution und ein größeres politisches Mitspracherecht zum Inhalt. Aber

übergeordnete politische Entscheidungen einordnen, nach ihrem Hehl gemacht. In wessen Interesse soll die Gesellschaft formiert werden? Im Interesse der westdeutschen Großindustrie. Deshalb wird klar erklärt, die soziale Marktwirtschaft „soll die partikularen Interessen aller Art in

noch nicht unbedingt nötig sei. Denn wenn alle Gruppen sich freiwillig den Forderungen des Monopolkapitals unterordnen, dann entwickelt sich die Industriegesellschaft der dritten Phase in immer steigendem Maße zu einem Gesamtbetrieb, der ohne Gesamtunternehmer funktionieren kann. Das ist eben der „demokratische Prozeß“ in der Formierten Gesellschaft, wenn „außer den Unternehmern im alten Sinne auch die Gewerkschaften, Verbände aller Art, Landwirtschaftsorganisationen, die Presse und nicht zuletzt die Regierung und die öffentliche Verwaltung“ diszipliniert zusammenarbeiten und jede Störung vermeiden. „Eine solche Gesellschaft ist nicht autoritär zu regieren, sie kann ihrem Wesen nach nur demokratisch sein“, so meint Erhard.

Zweifellost ist unter den heutigen politischen Bedingungen in der Welt dem Monopolkapital eine solche Demokratie, in der die Interessen des Monopolkapitals durchgesetzt werden, angenehmer als eine offene faschistische Diktatur. Deshalb sind sie auch gewillt, in einer solchen Demokratie in der jeder die besondere Funktion des anderen anerkennt – der Monopolist bleibt Monopolist, der Arbeiter bleibt Arbeiter, der nicht mitzubestimmen hat –, das Sozialprodukt so zu verteilen, daß soziale Revolutionen ausbleiben und die ganze Wirtschaftsorganisation außer Gefahr ist.

Wenn aber einzelne Gruppen diesen „demokratischen Prozeß“ stören, sich undiszipliniert verhalten, dann bleibt als Alternative nur übrig, einen starken Mann als Gesamtunternehmer einzusetzen. Wenn der demokratische Prozeß unter den Teilnehmern nicht zu Lösungen der ständig anfallenden Probleme führt, so daß das

Imperialismus zu unterstützen. Im Kampf gegen die atomare Aufrüstung, gegen die Notstandsgesetze und den sozialen Abbau sind die demokratischen Kräfte in Westdeutschland gewachsen. Die Arbeiterklasse und große Teile der Intelligenz, nicht zuletzt an den Hochschulen und Universitäten, werden politisch entscheidender wirksam. Die im DGB vereinigten westdeutschen Industriegewerkschaften nehmen in entscheidenden Fragen des Kampfes eine klare und feste Klassenposition ein. Auch die über 13 Millionen Wählerstimmen für die SPD sind Ausdruck des Willens eines großen Teiles der Bevölkerung für eine andere, realere Politik. Eine neue Etappe des demokratischen Widerstandes gegen die reaktionäre Politik der Monopole und der CDU/CSU entwickelt sich.

Die Kraft, welche dem Monopolkapital Einhalt gebieten kann, würde vervielfacht, wenn die beiden stärksten deutschen Arbeiterparteien, die SED und die SPD, zu einer Verständigung über gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und zum Abbau des kalten Krieges kämen, so wie es im offenen Brief des ZK der SED an die Mitglieder der SPD vorgeschlagen wurde. Dann bliebe die Theorie der Formierten Gesellschaft nur ein Versuch, dem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine theoretische, gesellschaftspolitische Grundlage zu geben und die immer tiefere Spaltung der Gesellschaft in eine winzige Gruppe herrschender Konzerne und Multimillionäre und die Masse der beherrschten Werktätigen zu verschleiern. Dann wird es keine Neuaufgabe der Volksgemeinschaft zur Vorbereitung der Menschen auf eine imperialistische Aggression, die von deutschen Boden ausgeht, mehr geben.

UZ 9/66, Seite 5